



**Von Erwerbsarmut
in Gute Arbeit –
Europäisch denken.
Solidarisch handeln.**

#inworkNOpoverty

**Konferenzreader
Berlin, 25. September 2019**



EUROPÄISCHE UNION
Europäischer Sozialfonds



Grußwort



Elke Breitenbach

Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales, Berlin

Armut wurzelt vor allem in sozialer Ungleichheit oder wie es Bertolt Brecht einmal treffend formulierte: „Wär' ich nicht arm, wärst Du nicht reich.“ Armut hat eine lange Historie, unterschiedliche Ursachen und zahlreiche Facetten – auf lokaler und globaler Ebene.

Wir wollen uns in dieser Konferenz bewusst auf das Thema „Erwerbsarmut“ konzentrieren. Arbeit schützt längst nicht mehr vor Armut. Es geht um die Frage, weshalb trotz hohem Beschäftigungsniveau immer mehr Menschen arm sind, obwohl sie arbeiten. Wir wollen dazu wissenschaftliche Analysen und politische Einschätzungen, europaweite Erfahrungen und „gute Praxis“ miteinander austauschen. Wir wollen voneinander lernen und gemeinsame Lösungsansätze entwickeln.

Auch in Berlin hat es in den letzten Jahren einen starken Beschäftigungsaufbau gegeben. Allerdings haben längst nicht alle davon profitiert. Das zeigt sich beispielsweise darin, dass der Anteil der langzeitarbeitslosen Berliner*innen noch immer hoch ist.

Besonders bedrückend ist die Tatsache, dass viele Menschen nicht von ihrer Arbeit leben können. Diese Situation ist inakzeptabel. Sie betrifft ebenso viele andere europäische Regionen, Städte und Metropolen – in unterschiedlicher Ausprägung.

Der Berliner Senat setzt sich für Gute Arbeit für alle Berliner*innen ein und will prekäre Arbeit zurückdrängen. Wir wollen gute Arbeit stärken. Die nachhaltige Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung ist eine Schlüsselaufgabe für die Politik des Berliner Senats. Es geht um gute und existenzsichernde Erwerbstätigkeit, aber auch um Zugang zu kultureller und gesellschaftlicher Teilhabe. Das ist auch ein Herzensanliegen von mir.

Mir ist es wichtig, das Thema der Erwerbsarmut im Zusammenhang mit der Zukunft der Arbeit und der Digitalisierung zu diskutieren. Im Prozess „Arbeit 4.0 – made in Berlin“ verfolgen wir schon seit Längerem Ansätze, um die Digitalisierung der Arbeitswelt im Sinne „Guter Arbeit 4.0“ zu gestalten. Dazu gehört, die Rechte der Arbeitnehmer*innen sowie Mindestlöhne und Arbeitsbedingungen zur Absicherung gegen Erwerbsarmut unter den Bedingungen der Digitalisierung neu zu definieren und weiterzuentwickeln.

Von Erwerbsarmut und prekärer Beschäftigung betroffen sind vor allem Frauen und kinderreiche Familien. Dies bedeutet in der Folge immer häufiger, dass auch Kinder in Armut aufwachsen und Altersarmut droht, besonders bei Alleinerziehenden. Kinder „erben“ sozusagen die Armut der Eltern. Auch diesem Thema müssen wir uns verstärkt widmen.

Weiterhin müssen wir unseren Fokus auf Migrant*innen und Zuwander*innen richten, eine der am stärksten wachsenden Bevölkerungsgruppe, gerade in Großstädten wie Berlin. Eine viel zu hohe Zahl von Migrant*innen arbeitet in Deutschland im Niedriglohnssektor. Menschen mit Behinderungen sind ebenfalls besonders von Erwerbsarmut betroffen. Sie verdienen im Schnitt weniger als Menschen ohne Behinderung und finden oft ungünstige Arbeitsbedingungen vor, die zudem häufig nicht barrierefrei sind oder angemessene Vorkehrungen in Bezug auf die jeweilige Beeinträchtigung aufweisen, obwohl sich auf diesem Gebiet in den letzten Jahren schon viel getan hat. Das (Erwerbs-)Armutrisiko steigt, je mehr die geschilderten Faktoren in einer Gruppe oder in einer Person zusammentreffen.

Im Rahmen unserer Berliner Arbeitsmarkt- und Berufsbildungspolitik haben wir, gemeinsam mit den Wirtschafts- und Sozialpartnern und weiteren gesellschaftlichen Akteur*innen, schon zahlreiche Initiativen, Maßnahmen und Instrumente entwickelt und umgesetzt, um Menschen Wege aus prekärer Beschäftigung in Gute Arbeit zu ebnet. Wir brauchen dazu aber auch die Bundesebene – und die europäische Ebene.

Auf europäischer Ebene sind vor allem die neue EU-Kommission, das Europäische Parlament und die Mitgliedsstaaten gefordert. Die neue EU-Kommission muss im Rahmen ihrer Möglichkeiten alles dafür tun, das Problem der Erwerbsarmut auf europäischer Ebene in den Griff zu bekommen. Die „Europäische Säule sozialer Rechte“ bietet eine gute Grundlage dafür. Aber es muss auch tatsächlich im regulatorischen und finanziellen Bereich etwas geschehen. Der Europäische Sozialfonds für die Förderperiode 2021 bis 2027 muss mit ausreichend Mitteln ausgestattet werden, damit wir auf Länder- und kommunaler Ebene, auf regionaler und lokaler Ebene in Europa, den Kampf gegen Armut und Erwerbsarmut verstärkt und mit Aussicht auf Erfolg führen können.

Die bislang angewandten Strategien, Ansätze und Maßnahmen auf europäischer, nationaler oder (groß-)städtischer Ebene sind offensichtlich jedoch noch nicht ausreichend, um Erwerbsarmut effektiv und nachhaltig zu bekämpfen. Zudem sind wir mit indirekten Folgewirkungen konfrontiert, wie Extremismus und Populismus – ein unhaltbarer Zustand, dem wir nicht tatenlos zusehen dürfen.

Was können also Politik und Verwaltung, was kann die Wirtschaft, die Gesellschaft aber auch jede und jeder Einzelne zur Überwindung dieses Zustandes beitragen?

Ich lade Sie dazu ein, dies auf unserer Veranstaltung „Von Erwerbsarmut in Gute Arbeit – Europäisch denken. Solidarisch handeln“ zu diskutieren. Ich hoffe, dass wir mit den auf dieser Veranstaltung gewonnenen Erkenntnissen die Bekämpfung der Erwerbsarmut vorantreiben können. Uns erwartet ein spannender Austausch mit Gästen aus Berlin, aus Deutschland und aus Europa. Unsere Referent*innen, unsere Teilnehmer*innen an den Panels und Workshops, geben uns die Möglichkeit, den Blick zu weiten, neue Anstöße und Impulse aufzunehmen. Wir werden viel darüber erfahren, welche Initiativen und Projekte auf Berliner und Bundesebene, aber auch auf europäischer Ebene umgesetzt werden – und was wir von ihnen lernen können.

Ich wünsche Ihnen einen anregenden Tag!

Ihre
Elke Breitenbach

Von Erwerbsarmut in Gute Arbeit – Europäisch denken. Solidarisch handeln.

Veranstalterin	Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales
Datum	25. September 2019
Ort	Hotel Stadtbad Oderberger, Oderberger Straße 57, 10435 Berlin
Moderation	Dr. Julia Kropf

Während der Konferenz (inklusive der Workshops) wird eine simultane Übersetzung in Englisch und Deutsch zur Verfügung gestellt.

8.30 – 9.30 Uhr	Ankommen und Registrierung
9.30 – 9.35 Uhr	Willkommen Dr. Julia Kropf, Moderation
9.35 – 9.45 Uhr	Grußworte Michael Müller, Regierender Bürgermeister von Berlin
9.45 – 10.00 Uhr	Begrüßung und Einführung Elke Breitenbach, Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales, Berlin
10.00 – 10.45 Uhr	Erwerbsarmut in vergleichender Theorie Keynote I Prof. Dr. Heinz-J. Bontrup, Professor für Wirtschaftswissenschaft an der Westfälischen Hochschule Gelsenkirchen Bocholt Recklinghausen
10.45 – 11.15 Uhr	Table Talks Alle Teilnehmenden an ihren Tischen.
11.15 – 11.30 Uhr	Kaffeepause

-
- 11.30 – 11.45 Uhr** **Erwerbsarmut aus Sicht der Betroffenen**
Talk in Pairs
Erika Biehn, Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Berlin
Sarah Jochmann, Pressesprecherin der facebook-Kampagne „Liefern am Limit“, Düsseldorf
-
- 11.45 – 12.30 Uhr** **Erwerbsarmut – Welche Antworten hat Europa?**
Paneldiskussion I
Ignacio Doreste Hernández, European Trade Union Confederation (ETUC), Brüssel
Dr. Katherine Duffy, European Anti-Poverty Network (EAPN), Brüssel
Alexander Friedrich, ASB Deutschland, AWO Deutschland und Volkshilfe Österreich, Brüssel
Prof. Dr. Henning Lohmann, Universität Hamburg
Jeroen Jutte, Europäische Kommission DG EMPL, Brüssel
-
- 12.30 – 13.30 Uhr** **Mittagessen**
-
- 13.30 – 14.00 Uhr** **Arm trotz Erwerbstätigkeit**
Keynote II
Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn, MdB und Autor
-
- 14.00 – 14.15 Uhr** **Erwerbsarmut aus Sicht der Arbeitnehmer*innen und Arbeitgeber*innen**
Talk in Pairs
Johannes Jakob, Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB), Berlin
Alexander Schirp, Vereinigung der Unternehmensverbände in Berlin und Brandenburg e. V. (UVB)
-

14.15 – 15.45 Uhr

Parallele Workshops

Workshop 1

Prekäre Beschäftigungsverhältnisse und Erwerbsarmut

Elke Ahlhoff, ArbeitGestalten, Joboption Berlin

Dr. Christian Pfeffer-Hoffmann, Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung gGmbH, Berlin

Workshop 2

Digitale Transformation und Erwerbsarmut

Prof. Mark Graham, Oxford University Internet Institute

Dr. Konstantin Vössing, Hans-Böckler-Stiftung, Berlin

Workshop 3

Dienstleistungssektor und Erwerbsarmut

Franziska Baum, ArbeitGestalten, Berlin

Veronika Bohrn Mena, Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier; Wien

Workshop 4

Aus- und Weiterbildung und Erwerbsarmut

Dr. Alexandra Bläsche, Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie des Landes Brandenburg, Potsdam

Dr. Michael Dörsam, Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB), Bonn

15.45 – 16.00 Uhr

Kaffeepause

16.00 – 16.45 Uhr

Erwerbsarmut – Welche Antworten gibt es für Berlin?

Paneldiskussion II

Eingangsstatement von Prof. Dr. Michael Hüther,
Institut der deutschen Wirtschaft, Köln

Alexander Fischer, Staatssekretär für Arbeit und
Soziales, Senatsverwaltung für Integration, Arbeit
und Soziales, Berlin

Christian Hoßbach, DGB Bezirk Berlin-Brandenburg

Lutz Mania, Jobcenter Berlin-Mitte

Kerstin Oster, Berliner Wasserbetriebe

Prof. Ingrid Stahmer, Sprecherin der Landesarmuts-
konferenz Berlin und ehemalige Senatorin in Berlin

16.45 – 17.00 Uhr

Abschlussworte zur Konferenz

Alexander Fischer, Staatssekretär für Arbeit
und Soziales, Senatsverwaltung für Integration,
Arbeit und Soziales, Berlin

Ab 17.00 Uhr

Ausklang im Kaminzimmer

Abstract

Immer mehr Menschen in Europa sind arm, obwohl sie arbeiten. Am stärksten stieg die Erwerbsarmut im europäischen Vergleich in den vergangenen Jahren in Deutschland. Das ist in einem reichen Land, das seit Jahren wirtschaftlich boomt, ein gesellschaftlich unhaltbarer Zustand.

Trotz anhaltenden Wirtschafts- und Beschäftigungswachstums gelten hierzulande rund 10 % der Erwerbstätigen als arm, d. h. über vier Millionen Menschen und ihre Familien müssen mit einem Einkommen auskommen, das für einen angemessenen Lebensunterhalt nicht ausreicht und sind auf Sozial- oder Lohnersatzleistungen angewiesen. Auch im Durchschnitt der EU-Mitgliedstaaten leben rund 10 % in Erwerbsarmut. Für diese Menschen und ihre Familien ist Erwerbsarmut eine bittere Realität, an deren Ende oftmals Altersarmut steht.

Besonders von Erwerbsarmut betroffen und bedroht sind hierzulande Frauen, vor allem, wenn sie alleinerziehend sind. Außerdem arbeiten Frauen weit häufiger in prekären oder atypischen Beschäftigungsverhältnissen, wie z. B. Minijobs oder (niedrig entlohnter oder unfreiwilliger) Teilzeitarbeit; zudem existiert nach wie vor eine geschlechtsspezifische Lohnlücke (Gender Pay Gap). Damit eng verbunden ist auch die Kinderarmut. In Deutschland leben rund 21 % aller Kinder mindestens fünf Jahre dauerhaft oder wiederkehrend in einer Armuts-lage, 50 % davon in alleinerziehenden Familien.

Gerade in Großstädten, wie Berlin, nimmt die Erwerbsarmut bedrückende Ausmaße an. Der wachsende Berliner Arbeitsmarkt weist einen vergleichsweise hohen Anteil an atypischen Beschäftigungsverhältnissen auf und der Anteil derjenigen, die ergänzende Leistungen nach dem SGB II erhalten, ist besonders hoch. Gleichzeitig suchen Berliner Unternehmen mit wachsendem Aufwand nach Arbeits- bzw. Fachkräften. Für Berlin und andere europäische Metropolen, die vom Dienstleistungssektor geprägt sind, rücken bestimmte Branchen, Berufe und Tätigkeiten, die gering bezahlt und von prekären oder atypischen Arbeitsbedingungen geprägt sind, in den Fokus.

Als Hauptgrund wird die soziale Ungleichheit, die immer größer werdende Kluft zwischen Arm und Reich, die im globalen Kapitalismus eng miteinander zusammenhängen, benannt. Als konkret ursächlich für Erwerbsarmut werden häufig zu geringe Löhne oder Gehälter angeführt. Heute arbeitet fast jeder vierte Beschäftigte in Deutschland im Niedriglohnssektor.

Weiterhin tragen die Zunahme atypischer Beschäftigung, vor

allem Teilzeit und Minijobs, häufig im Dienstleistungsbereich, der Druck auf Erwerbslose, möglichst schnell eine Arbeit anzunehmen, zu niedrige Lohnersatz- und Sozialleistungen, strenge Auflagen für den Bezug von Transferleistungen, hohe Mieten, – gerade in Großstädten – und ein geringes Bildungsniveau zur Erwerbsarmut bei. Diese Faktoren spielen europaweit eine Rolle bei der Entstehung von Erwerbsarmut; einige davon wurden im Rahmen der sogenannten „Euro-Krise“ im Zuge von Strukturreformen verschärft – etwa in Griechenland, Spanien oder Portugal.

Alle Akteur*innen, von der bundesdeutschen Armutskonferenz, über die Wirtschafts- und Sozialpartner, und die politischen Parteien bis hin zu den europäischen Mitgliedstaaten und Organen der EU, sind sich seit Jahren einig, dass es einer aktiven Politik der Armutsbekämpfung bedarf, insbesondere auch im Hinblick auf die Erwerbsarmut. Was die strategische Ausrichtung, wirksame Politiken und die konkrete Umsetzung von Instrumenten und Maßnahmen betrifft, besteht nach wie vor großer Handlungsbedarf.

Dabei geht es um Geld und Instrumente und vor allem um den Wert der Arbeit und die Würde der Menschen, die in unserer Wissens- und Arbeitsgesellschaft am besten gewahrt werden, wenn der Übergang aus Erwerbsarmut in Gute Arbeit, und damit in ein selbstbestimmtes Leben mit Perspektiven und Entwicklungsmöglichkeiten, gelingt.

Als Lösungsansätze zur Bekämpfung der Erwerbsarmut werden häufig bessere Bildung, die Reduzierung von Minijobs, stärkere Lohn- und Gehaltszuwächse oder die Erhöhung von Mindestlöhnen und/oder Sozialleistungen genannt. Auch die Stärkung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung mit guten Arbeitsbedingungen (anstelle von prekärer oder atypischer Beschäftigung), die Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen, die Reduzierung von (unfreiwilliger) Teilzeit bis hin zur Stärkung des sozialen Wohnungsbaus werden empfohlen.

Auf europäischer Ebene, in Deutschland und speziell in Berlin, bestehen zahlreiche Ansätze und Instrumente, die zur Bekämpfung der (Erwerbs-)Armut einen Beitrag leisten und geleistet haben. Sie gilt es weiterzuentwickeln und auszubauen – teilweise aber auch durch radikalere Ansätze zu ersetzen oder zu ergänzen. Denn die bestehenden Strategien und Ansätze sind offensichtlich (noch) nicht ausreichend, um die Erwerbsarmut effektiv und nachhaltig zu beseitigen und damit auch einen

gesellschaftlich inakzeptablen Zustand mit indirekten Folgewirkungen, wie Populismus und Extremismus, zu beenden.

Es muss deshalb mit aller Kraft darum gehen, dort anzuknüpfen, wo bisher schon durch engagierte Menschen und Initiativen in Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft viel erreicht wurde: In Berlin werden seit Jahren Langzeitarbeitslose mit aktiven Maßnahmen der Jobcenter und der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales (SenIAS) erfolgreich in Arbeit integriert, Minijobs zugunsten sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung zurückgedrängt und im Rahmen des Prozesses „Arbeit 4.0 – made in Berlin“ der SenIAS die positiven und negativen arbeitsmarkt- und berufsbildungspolitischen Auswirkungen der Digitalisierung analysiert.

Eine wichtige Rolle spielt in diesem Zusammenhang auch der Sozialpartnerdialog, mit dem die tarifvertraglichen und sozialpartnerschaftlichen Handlungsmöglichkeiten zwischen der SenIAS und den Sozialpartnern immer wieder aufs Neue ausgelotet und gestaltet werden.

Die bei der SenIAS angesiedelte Koordinierungsstelle zur Bekämpfung der Schwarzarbeit trägt zur Bekämpfung der Erwerbsarmut bei, indem sie die dauerhafte Vernichtung legaler Arbeitsplätze durch Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung, und damit zugleich Arbeitslosigkeit, Arbeitsausbeutung und Menschenhandel, verhindert bzw. eingrenzt.

Die EU-Gleichbehandlungsstelle bei der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, wendet sich mit ihren Angeboten sowohl an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (und ihre Familienangehörigen) aus der EU als auch an Fachleute aus den existierenden Beratungsstrukturen, damit EU-Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (und deren Familienangehörige) auch in der Praxis in Bezug auf Beschäftigung, Entlohnung und sonstigen Arbeitsbedingungen gleichbehandelt werden.

Von Erwerbsarmut sind insbesondere auch Migrant*innen betroffen. Das Berliner Beratungszentrum für Migration und Gute Arbeit (BEMA) unterstützt zugewanderte Menschen dabei, ihre Arbeits- und Sozialrechte wahrzunehmen – durch Beratung, Bildung und Sensibilisierung.

Eine wichtige Grundlage und gleichzeitig Stütze zur Bekämpfung der Erwerbsarmut auf europäischer Ebene sind die im Jahr 2017 verabschiedeten 20 Grundsätze der europäischen

Säule sozialer Rechte, vor allem die Forderung nach Chancengleichheit und Arbeitsmarktzugang sowie die Umsetzung fairer Arbeitsbedingungen. Auf diesen Grundsätzen, die für alle Mitgliedstaaten als Rahmen für bindende und nicht bindende Maßnahmen im Bereich der Europäischen Beschäftigungs- und Sozialpolitik gilt, lässt sich bei Strategien zur Bekämpfung der Erwerbsarmut aufbauen. Dies gilt ebenfalls für die Ziele für eine nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) der Vereinten Nationen – insbesondere für Ziel 8 (Nachhaltiges Wirtschaftswachstum und menschenwürdige Arbeit für alle).

Auf der Konferenz soll dem Phänomen der Erwerbsarmut intensiv nachgegangen werden. Dabei spielt der gegenwärtige Stand der Forschung mit der Beleuchtung von Ursachen und Auswirkungen, auch und gerade vor dem Hintergrund der Digitalisierung, eine entscheidende Rolle. Hier gilt es die Perspektiven der Betroffenen selbst zu berücksichtigen. Vor allem aber geht es darum, pragmatische Lösungsmöglichkeiten zur Überwindung der Erwerbsarmut zu eruieren und zu gestalten. Europaweit gibt es vielversprechende Ansätze, die Wege aus der Erwerbsarmut weisen. Gute Praxis Projekte aus Europa sollen identifiziert, ausgetauscht und weiterentwickelt werden.

Was können Politik und Verwaltung, was kann die Wirtschaft, was kann die Gesellschaft als Ganzes aber auch jeder Einzelne zur Überwindung dieses Zustands beitragen?

Die folgenden Themen- und Handlungsschwerpunkte stehen im Mittelpunkt der Konferenz. Bei der Bearbeitung dieser Themen soll sowohl auf Ursachen und Wirkungen als auch auf Lösungsmöglichkeiten Bezug genommen werden:

1. Prekäre Beschäftigungsverhältnisse und Erwerbsarmut

Die Erwerbsarmut vieler Menschen ist durch prekäre Beschäftigungsverhältnisse im Niedriglohnsektor bedingt (z. B. Mini-jobs, Multijobber-Tätigkeiten, Solo-Selbstständigkeit, unfreiwillige Teilzeit, Befristungen). Welche Weichenstellungen sind notwendig, um diese Situation zu verändern, zu verbessern oder zu beseitigen?

2. Digitale Transformation und Erwerbsarmut

Im Prozess „Arbeit 4.0 – made Berlin“ entwickelt die Berliner Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales schon seit längerem Ansätze, um die Digitalisierung der Arbeitswelt im Sinne „Guter Arbeit 4.0“ zu gestalten. Welche Auswirkungen hat die Digitalisierung speziell auf Beschäftigte, die von Erwerbsarmut betroffen sind?

3. Dienstleistungssektor und Erwerbsarmut

Wie andere europäische Metropolen auch, ist Berlin in besonderer Weise vom Dienstleistungssektor geprägt. 85 % der 1,4 Millionen sozialversicherungspflichtig beschäftigten Berliner Arbeitnehmer*innen waren 2017/2018 im Dienstleistungsbereich tätig – überwiegend Frauen. Welche Gruppen sind besonders von Erwerbsarmut betroffen und welche Bedarfe gibt es dort?

4. Aus- und Weiterbildung und Erwerbsarmut

Bildungsabschlüsse und Bildungsaspirationen, eine gute Aus- und Weiterbildung, die möglichst allen Menschen zugänglich ist, sind wesentliche Voraussetzungen, um Erwerbsarmut zu überwinden. Welche Rolle spielt die Aus- und Weiterbildung bei den Übergängen in Gute Arbeit und bei der Prävention bzw. Überwindung von Erwerbsarmut?

Lebenslauf



© Lena Giovanazzi

Michael Müller

Regierender Bürgermeister von Berlin

1964 geboren in Berlin; verheiratet; zwei Kinder

1982	Mittlere Reife
1983	Fachoberschule Wirtschaft und Verwaltung
bis 1986	kaufmännische Lehre
1986 – 2011	selbstständiger Drucker
seit 1981	Mitglied der SPD
1991 – 2000	Abteilungsleiter
1989 – 1996	Mitglied der BVV Tempelhof, zuletzt Fraktionsvorsitzender; Landesparteitags- und Kreisdelegierter
seit 1996	Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin
2000 – Mai 2004	Vorsitzender der SPD Tempelhof-Schöneberg
2001 – 2011	Vorsitzender der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin
2004 – 2012	Landesvorsitzender der SPD Berlin
2011	erneuter Gewinn des Direktmandats (Wahlbezirk Tempelhof-Schöneberg, Wahlkreis 4)
2011 – 2014	Bürgermeister und Senator für Stadtentwicklung und Umwelt

seit 11. Dezember 2014 Regierender Bürgermeister von Berlin

seit 2016 Landesvorsitzender der SPD Berlin

1. November 2017 bis 31. Oktober 2018 Präsident des Bundesrats

seit August 2018 Präsident des Städtenetzwerkes Metropolis

Mitgliedschaften

- Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e. V. (AWO)
- Berliner Wirtschaftsgespräche
- Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK)

Lebenslauf



© SemIAS

Elke Breitenbach

Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales, Berlin

geboren am 30.03.1961 in Frankfurt/Main

- | | |
|-----------------|---|
| seit 08.12.2016 | Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales, Berlin |
| seit 2012 | stellvertretende Landesvorsitzende DIE LINKE Berlin |
| 2003 – 2008 | Mitglied des Parteivorstands der PDS (ab 2007 DIE LINKE) |
| seit 2003 | Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin |
| 2002 – 2003 | Persönliche Referentin der Berliner Senatorin für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz, Dr. Heidi Knake-Werner |
| 1998 – 1999 | ABM-Stelle als Historikerin in der Mahn- und Gedenkstätte Sachsenhausen |
| 1992 – 1997 | Gewerkschaftssekretärin der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) für die Bereiche Jugend, berufliche Bildung und Frauen |
| 1989 – 1991 | Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Technischen Universität Berlin für das Forschungsprojekt „Zusammenarbeit zwischen Berufsschulen und Trägern gewerkschaftlicher Jugendarbeit in Berlin und Herford“ |
| 1981 – 1989 | Studium der politischen Wissenschaft an der Freien Universität Berlin, Abschluss Diplom |
| 1976 – 1981 | Besuch der Berufsfachschule in Obertshausen, Berufsfeld Sozialpädagogische Berufe, Abschluss Mittlere Reife, anschließend Abitur in Babenhausen |

Lebenslauf



© SenIAS

Alexander Fischer

Staatssekretär für Arbeit und Soziales, Berlin

geboren am 10.10.1974, verheiratet, ein Sohn

seit 09.12.2016	Staatssekretär für Arbeit und Soziales, Berlin
2016	Leiter des Referats Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen, Familie, Bildung, Kultur, Medien, Umwelt, Naturschutz, Energie in der Thüringer Staatskanzlei (Thüringer Landesvertretung in Berlin)
2015	Regierungssprecher des Freistaats Thüringen
2010 – 2015	Pressesprecher des Parteivorstands der LINKEN
2008 – 2010	Mitarbeiter des Parteivorstands der LINKEN im Bereich Parteaufbau West
2007 – 2008	Leiter des Büros des damaligen stellvertretenden Partei- und Fraktionsvorsitzenden der LINKEN, Klaus Ernst
2006 – 2007	Referent für Kinder- und Jugendpolitik bei der Bundestagsfraktion DIE LINKE
2002 – 2006	Jugendbildungsreferent beim DGB-Bezirk Berlin-Brandenburg
1993 – 2001	Studium der Neueren und Neuesten Geschichte, Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Philosophie an der Technischen Universität Dresden, Abschluss Magister Artium
1981 – 1993	Besuch der 22. Polytechnischen Oberschule und des Dreikönigsgymnasiums Dresden, Abitur



© Anna Wasiliewski

Dr. Julia Kropf

Moderation

Kurzbiografie Dr. Julia Kropf ist selbstständige Moderatorin und Systemischer Business Coach. In ihrer heutigen Arbeit verbindet sie rund 20 Jahre Berufserfahrung: als promovierte Arbeitssoziologin sowie als ehemalige Beraterin und Führungskraft in der Privatwirtschaft. Das Gespräch ist ihre Leidenschaft: Empathie ohne Gefühlsduselei, Fachlichkeit ohne Besserwisserei, Humor ohne Verlust an Ernsthaftigkeit, klare Worte ohne Provokation. Julia Kropf moderiert Fachkonferenzen, Podiumsdiskussionen, Strategiegespräche und Workshops, aber auch festliche Veranstaltungen und Bürgerkonferenzen – oft an der Schnittstelle von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Zudem coacht sie Einzelpersonen und Teams in beruflichen Veränderungsprozessen. www.julia-kropf.de

Keynote I | 10.00 – 10.45 Uhr



Prof. Dr. rer. pol. Heinz-J. Bontrup

Dipl.- Ökonom, Dipl.-Betriebswirt, Professor für Wirtschaftswissenschaft an der Westfälischen Hochschule Gelsenkirchen Bocholt Recklinghausen

Kurzbiografie Nach dem Studium in Bielefeld und Bremen Promotion in Bremen und danach betriebswirtschaftliche Tätigkeiten in der Luft- und Raumfahrtindustrie bei MBB. Danach Abteilungsleiter im Progress-Institut für Wirtschaftsforschung, Bremen und danach Bestellung zum Personalvorstand bei der Stahlwerke Bochum AG, ein Unternehmen im Thyssen-Konzern. 1996 ruf an die Westfälische Hochschule, Fachbereich Wirtschaftsrecht, zum Professor für Wirtschaftswissenschaft mit dem Schwerpunkt Arbeitsökonomie. Seit Ende Sommersemester 2019 emeritiert. Seit 2010 einer von vier Direktoren des Westfälischen Energieinstituts in der Westfälischen Hochschule und Sprecher der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (AAW), die seit 1997 das Gegengutachten zum Sachverständigenrat der Bundesregierung herausgibt. Darüber hinaus Sachverständiger im Deutschen Bundestag und verschiedenen Landtagen sowie Vertrauensdozent der Hans-Böckler-Stiftung.

Arbeitsschwerpunkte

Forschungsschwerpunkt ist die Arbeitsökonomie in einem holistischen Ansatz, der sowohl auf einzelwirtschaftlicher Ebene, den Mensch im Unternehmen analysiert, als auch die makroökonomische Ebene (Arbeitsmarkttheorie/-politik) umfasst.

Erwerbsarmut in
vergleichender
Theorie



Erika Biehn

Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Berlin

Kurzbiografie Frau Biehn schloss 1969 ihr Abitur in Lippstadt ab. 1999 erlangte sie ihr Diplom als Sozialarbeiterin. Seit 1978 ist sie Mitglied im VAMV, wo sie zwischen 1979 und 1986 im Vorstand des Ortsverbandes Lippstadt tätig war.

Seit 1991 ist sie Mitglied im VAMV Ortsverband Essen, seit 2006 Vorsitzende. Von 1979 bis 1986 sowie von 1990 bis 2013 war sie im Landesvorstand VAMV in NRW tätig. Ab 2007 war sie Mitglied des Bundesvorstandes, in den Jahren 2017 bis 2019 als Vorsitzende. Sie ist Gründungsmitglied der 1991 gegründeten Nationalen Armutskonferenz, 1993 bis 2007 war sie stellvertretende Sprecherin. Sie ist bis heute in verschiedenen Arbeitsgruppen aktiv.

Erwerbsarmut aus
Sicht der Betroffenen

Arbeitsschwerpunkte

Armut allgemein, insbesondere jedoch Armut von Alleinerziehenden und der Bezug von Sozialleistungen.



Sarah Jochmann

Pressesprecherin der facebook-Kampagne „Lieferrn am Limit“,
Düsseldorf

Kurzbiografie Die ehrenamtliche Aktivistin Sarah Jochmann arbeitete als KurierfahrerIn für Deliveroo. Gemeinsam mit anderen Fahrerinnen und Fahrern startete sie 2018 die Initiative „Lieferrn am Limit“, um die Arbeitsbedingungen in der Branche zu verbessern. Sie hat Ihre Masterarbeit zum Thema: „Prekäre Arbeit in der Plattformökonomie“ gerade beendet und wird ab Oktober als Gewerkschaftssekretärin zur Ausbildung bei der NGG (Gewerkschaft Nahrung, Genuss, Gaststätten) anfangen.

Erwerbsarmut aus
Sicht der Betroffenen



Ignacio Doreste Hernández

European Trade Union Confederation (ETUC), Brüssel

Kurzbiografie Ignacio Doreste ist Berater beim Europäischen Gewerkschaftsbund (ETUC) und ist in den Dossiers Arbeitsmarkt und Beschäftigung; Selbständigkeit, atypische Arbeit, und die Plattformökonomie; Arbeitsgesundheit und -sicherheit und Arbeitnehmerorganisation tätig. Er hat einen Abschluss in Psychologie von der Autonomen Universität Madrid sowie Master-Abschlüsse in den Bereichen Human Resources, Management (Open University of Catalunya), International Aid and Cooperation for Development (Complutense University of Madrid) und klinische Psychologie (Spanish Association of Behavioural and Cognitive Psychology). Seit 2013 arbeitet er beim Europäischen Gewerkschaftsbund. Davor hatte er sich seit 2009 in der Spanischen Gewerkschaftsbewegung engagiert.

Arbeitsschwerpunkte

Arbeitsmarkt und Beschäftigung; Selbstständigkeit, atypische Arbeit und die Plattformökonomie; Arbeitsgesundheit und -sicherheit; und Arbeitnehmerorganisation.

Erwerbsarmut –
Welche Antworten
hat Europa?



Dr. Katherine Duffy

European Anti-Poverty Network (EAPN), Brüssel

Kurzbiografie In ihrer akademischen Laufbahn war Katherine Hauptdozentin an der Business School einer Universität. Ihr Karriereweg zeichnet sich durch die Verbindung dieser Erfahrungsgrundlage mit sozialpolitischer Analyse und Maßnahmen zur Armutsbekämpfung aus. Sie ist Teilnehmerin des EAPN (European Anti-Poverty Network). Katherine war zuvor UK-Gutachterin im Projekt „Poverty 3“; Direktorin der Initiative des Europarats „Human Dignity and Social Exclusion“; Vorsitzende der Social Inclusion Group, der Hauptberatungsgruppe des EAPN-Europa und Vorsitzende der Social Policy Task Force für NGOs im Vereinigten Königreich, die im Bereich Sozialpolitik tätig sind. Diese Task Force war zunächst informeller und später offizieller Berater des britischen Department of Work and Pensions. Katherine übernahm als Stellvertreterin des UK EAPN eine leitende Position im Europäischen Mindesteinkommens-Netzwerk (EMIN). Vor kurzem verfasste Katherine das Paper des EAPN-Europe zum Thema neue Arbeitswege.

Arbeitsschwerpunkte

Katherine Duffy war an einer Universität als Arbeitsökonomin tätig. Beim EAPN arbeitet sie an der Schnittstelle zwischen Sozialhilfeleistungen, Mindesteinkommen, Erwerbstätigkeit und menschenwürdiger Arbeit. Aktuell überarbeitet sie, Konzept, Definition sowie Maßstäbe von Armut für das EAPN, um die multidimensionalen Facetten noch besser abbilden zu können. Sie ist Mitglied bei UNITE, der größten Gewerkschaft im Vereinigten Königreich, und engagiert sich auf lokaler Ebene in den Bereichen Mindesteinkommen und menschenwürdige Arbeit.

Erwerbsarmut –
Welche Antworten
hat Europa?



Alexander Friedrich

ASB Deutschland, AWO Deutschland und Volkshilfe Österreich, Brüssel

Kurzbiografie Der Politologe Alexander Friedrich wurde in der österreichischen Hauptstadt Wien geboren, wo er bis 2012 das Bürgerservice- und Europainformationservicebüro des Bundeskanzlers leitete. Anfang 2013 wechselte Alexander Friedrich nach Brüssel, um in der EU-Regionalvertretung der Stadt Wien zu arbeiten.

2015 übernahm Friedrich die Leitung des gemeinsamen Europabüros der Arbeiterwohlfahrt, des Arbeiter-Samariter-Bundes und der Volkshilfe Österreich. Als Interessensvertreter auf dem europäischen Parkett sind die inhaltlichen Arbeitsschwerpunkte von Alexander Friedrich die Europäische Sozial- und Kohäsionspolitik, (Kinder-)armut, Pflege, Arbeitsmarktpolitik, Wohnen, Flucht und Migration, Wohnungslosenhilfe sowie die Anliegen von Menschen mit Behinderungen.

In Berlin vertritt Friedrich insbesondere die AWO in verschiedenen Gremien der BAGFW, des Deutschen Vereins oder des European Anti Poverty Networks (EAPN).

Erwerbsarmut –
Welche Antworten
hat Europa?

Arbeitsschwerpunkte

Die Arbeiterwohlfahrt tritt nicht nur in ihrer täglichen Arbeit in den unzähligen Beratungs- und Hilfseinrichtungen für von Erwerbsarmut betroffene Menschen ein, sondern agiert auch auf nationaler und europäischer Ebene als anwaltschaftliche Interessensvertreterin. Seit Anfang des Jahres hat die AWO zudem den Vorsitz der Nationalen Armutskonferenz (nak) inne und setzt sich auch in diesem Rahmen für die Betroffenen ein.



Prof. Dr. Henning Lohmann

Universität Hamburg

Kurzbiografie Henning Lohmann ist Professor für Soziologie, insbesondere Methoden der empirischen Sozialforschung an der Universität Hamburg. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Armut und Ungleichheit in wohlfahrtsstaatlich vergleichender Perspektive.

Arbeitsschwerpunkte

Henning Lohmann arbeitet seit etwa 15 Jahren zum Thema Erwerbsarmut. Ein Schwerpunkt liegt auf der Analyse von Erwerbsarmut in europäisch vergleichender Perspektive unter Berücksichtigung des Einflusses struktureller und institutioneller Rahmenbedingungen. Er hat umfangreich zum Thema publiziert, u. a. Handbook on In-Work Poverty (gemeinsam mit Ive Marx, 2018) und Armut von Erwerbstätigen in europäischen Wohlfahrtsstaaten. Niedriglöhne, staatliche Transfers und die Rolle der Familie (2007).

Erwerbsarmut –
Welche Antworten
hat Europa?



Jeroen Jutte

Europäische Kommission DG EMPL, Brüssel

Kurzbiografie Seit 2013 ist Herr Jutte, studierter Ökonom, Leiter der Abteilung „Beschäftigung und Sozialanalyse des europäischen Semesters“ für die Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Inklusion der Europäischen Kommission (DG EMPL). In dieser Funktion berät er zu Themen der europäischen wirtschaftlichen Koordination, insbesondere in den Bereichen Beschäftigung, Bildung und Kompetenzen sowie Sozial- und Gesundheitspolitik. Zudem ist er für die Herausgabe des gemeinsamen Beschäftigungsberichts verantwortlich. 1995 begann er seine Laufbahn bei EUROSTAT im Bereich Unternehmensstatistik. Im Jahr 1998 wechselte er in die Generaldirektion Regionalpolitik und arbeitete dort an Beitrittsproblematiken. 2003 ging er zur DG EMPL. Dort befasste er sich u.a. mit der Koordination im europäischen Sozialfond, der Förderung im Vorfeld eines Beitritts, der Entlastung der Kommissionsausgaben auf dem Gebiet Beschäftigung und Soziales (etwa 11 Mrd. € jährlich) und dem Verhältnis zum europäischen Rechnungshof.

Arbeitsschwerpunkte

Das europäische Semester analysiert den vollen Umfang ökonomischer und sozialer Themen in den Mitgliedsstaaten. Zu diesen Themen gehören u.a. Löhne, Armut und soziale Inklusion. Darüber hinaus legt die Kommission dem Rat länderspezifische Empfehlungen vor. Er beaufsichtigt sowohl die Entstehung der Analysen als auch der Empfehlungen. Trotz mitgliedsstaatenspezifischer Unterschiede spielt Erwerbsarmut in diesem Bereich eine wichtige Rolle. Dies gilt auch für den gemeinsamen Beschäftigungsbericht.

Erwerbsarmut –
Welche Antworten
hat Europa?



© Stefan Kaminski

Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn

MdB und Autor

Kurzbiografie Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn ist Volkswirt und Bundestagsabgeordneter. Seit 2017 ist er Sprecher für Arbeitsmarktpolitik und europäische Sozialpolitik. Er hat an der Goethe-Universität Frankfurt promoviert und habilitiert. Bevor er 2008 in den Bundestag nachgerückt ist, hat er 2007/08 die Professur für Labour Economics an der Universität Frankfurt vertreten. Seine Doktorarbeit „Armut trotz Erwerbstätigkeit – Analysen und sozialpolitische Konsequenzen“ wurde mit dem Forschungspreis der Josef-Popper-Stiftung ausgezeichnet. Er hat in Bielefeld studiert und in Bielefeld, Frankfurt und Stuttgart-Hohenheim gelehrt und geforscht. Außerdem war er Fellow am Hanse-Institute for Advanced Studies in Delmenhorst. Er hat u. a. in mehreren von der EU-geförderten internationalen Forschungsprojekten zu Armut und sozialer Ungleichheit in der Europäischen Union mitgearbeitet.

Arbeitsschwerpunkte

Armutsforschung, soziale Sicherung, Grundsicherung, Grundeinkommen, Arbeitsmarkt und Genderökonomie.

Arm trotz
Erwerbstätigkeit



© DGB

Johannes Jakob

Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB), Berlin

Kurzbiografie Johannes Jakob, Alter 63, Studium der Sozialarbeit (Schwerpunkt Gemeinwesenarbeit), Berufserfahrung in verschiedenen sozialen Projekten und in der Arbeit mit Arbeitslosen. Politische Arbeit in kommunalen Parlamenten.

1985 Wechsel zum DGB als Jugendbildungsreferent.

1987 bis 1995 Wahlfunktion als DGB Kreisvorsitzender für die Region Emsland und Grafschaft Bentheim mit Sitz in Lingen/Ems.

1995 DGB Bundesvorstand, Referatsleiter in der Abteilung Arbeitsmarktpolitik, Schwerpunkte Integration von Arbeitslosen, Weiterbildung, Soziale Sicherung von Arbeitslosen, prekäre und atypische Arbeit.

Seit 2016 Abteilungsleiter der Abteilung Arbeitsmarktpolitik beim DGB Bundesvorstand.

Erwerbsarmut
aus Sicht der
Arbeitnehmer*innen
und Arbeitgeber*innen

Arbeitsschwerpunkte

Soziale Sicherung von Arbeitslosen in beiden Rechtskreisen, Weiterbildung, Integration von Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt. Ordnung am Arbeitsmarkt, Atypische und prekäre Beschäftigung, Entwicklung von Teilhabe und Armut. Europäische Arbeitsmarktpolitik.



Alexander Schirp

Vereinigung der Unternehmensverbände in Berlin und Brandenburg e. V. (UVB)

Kurzbiografie

1993 und 1995 1. und 2. juristisches Staatsexamen in Passau und Rostock;

1995 – 2008 Arbeitsrechtliche Tätigkeit beim Verband der Metall- und Elektroindustrie Berlin-Brandenburg;

2008 – 2011 Abteilungsleiter Soziale Sicherung bei den Unternehmensverbänden Berlin-Brandenburg (UVB);

Seit 2012 Geschäftsführer Arbeitsmarkt, Berufliche Bildung und Soziale Sicherung bei der UVB.

Erwerbsarmut
aus Sicht der
Arbeitnehmer*innen
und Arbeitgeber*innen

Arbeitsschwerpunkte

Arbeitsmarkt- und Berufsbildungspolitik mit Fokus auf die Fachkräftesicherung der Berliner Unternehmen. Vertretung von Arbeitgeberinteressen in der Sozial- und Gesundheitspolitik.

Workshop 1

Prekäre Beschäftigungsverhältnisse und Erwerbsarmut

14.15 – 15.45 Uhr

Die Erwerbsarmut vieler Menschen ist durch prekäre Beschäftigung bedingt, z. B. bei Minijobs, Multijobber-Tätigkeiten, Solo-Selbstständigkeit, unfreiwilliger Teilzeit und bei befristeten Arbeitsverträgen, die zu Unsicherheit führen. Als konkret ursächlich für Erwerbsarmut werden häufig zu geringe Löhne oder Gehälter angeführt. Heute arbeitet fast jeder vierte Beschäftigte in Deutschland im Niedriglohnsektor.

Die Stärkung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung mit guten Arbeitsbedingungen, anstelle von prekärer oder atypischer Beschäftigung, die Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen, die Reduzierung von unfreiwilliger Teilzeit bis hin zur Stärkung des sozialen Wohnungsbaus und der Begrenzung von Mieten werden als effektive Gegenmaßnahmen empfohlen. Eine wesentliche Rolle zur Bekämpfung der Erwerbsarmut spielt auch der Mindestlohn, dessen Höhe so bemessen sein muss, dass er für ein auskömmliches, würdevolles Leben ausreichend ist.

Auf europäischer Ebene bietet die Europäische Säule sozialer Rechte (September 2017) mit ihren 20 Grundsätzen, insbesondere das Kapitel II „Faire Arbeitsbedingungen“, die Grundlage, um prekäre Arbeitsbedingungen zu unterbinden.

Im Workshop soll daher diskutiert werden, wie Erwerbsarmut im Hinblick auf prekäre Beschäftigungsverhältnisse reduziert werden kann und welche Ansätze es gibt, um prekäre Beschäftigung in Gute Arbeit zu überführen.

Leitfragen

- Welche Weichenstellungen sind notwendig, um prekärer Beschäftigung entgegenzuwirken?
- Wie kann der Weg aus prekärer Beschäftigung in Gute Arbeit gelingen? Welche Schritte können Betroffene gehen? Welche Unterstützungsmöglichkeiten und welche Projekte/ Ansätze guter Praxis gibt es dazu?

Referent*innen

- Elke Ahlhoff, ArbeitGestalten, Joboption Berlin
- Dr. Christian Pfeffer-Hoffmann, Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung gemeinnützige GmbH, Berlin



© Anna Wasilewski

Dr. Julia Kropf

Moderation

Kurzbiografie Dr. Julia Kropf ist selbstständige Moderatorin und Systemischer Business Coach. In ihrer heutigen Arbeit verbindet sie rund 20 Jahre Berufserfahrung: als promovierte Arbeitssoziologin sowie als ehemalige Beraterin und Führungskraft in der Privatwirtschaft. Das Gespräch ist ihre Leidenschaft: Empathie ohne Gefühlsduselei, Fachlichkeit ohne Besserwisserei, Humor ohne Verlust an Ernsthaftigkeit, klare Worte ohne Provokation. Julia Kropf moderiert Fachkonferenzen, Podiumsdiskussionen, Strategiegespräche und Workshops, aber auch festliche Veranstaltungen und Bürgerkonferenzen – oft an der Schnittstelle von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Zudem coacht sie Einzelpersonen und Teams in beruflichen Veränderungsprozessen.



Elke Ahlhoff

ArbeitGestalten, Joboption Berlin

Kurzbiografie Prekäre atypische Beschäftigung in den unterschiedlichsten Facetten und Ausprägungen in Berlin ist seit Jahren ein Thema, mit dem das Team von ArbeitGestalten befasst ist. In dem Projekt „Joboption Berlin“ ist Frau Ahlhoff bereits seit 2013 tätig, zunächst als Beraterin und seit 2016 als Geschäftsführerin von ArbeitGestalten Beratungsgesellschaft mbH. Auf der Basis qualitativer Sozialforschung und sozialpartnerschaftlicher Dialoge ist es ArbeitGestalten ein Anliegen prekäre Beschäftigungsbedingungen zurückzudrängen und für Gute Arbeit zu werben. Die Beteiligung von Beschäftigten der unterschiedlichsten Branchen und der Austausch mit betrieblichen Interessenvertretungen fördern dabei die Weiterentwicklung des Projekts maßgeblich. Über öffentliche Veranstaltungen und Publikationen wird dazu eingeladen, den gesellschaftlichen Diskurs zur Gestaltung von Arbeitswelten in der analogen und digitalen Realität zu führen.

Arbeitsschwerpunkte

Identifizierung von prekärer atypischer Beschäftigung in den unterschiedlichsten Formen und Ausprägungen. Breite Sensibilisierung für Risiken und Folgen prekär-atypischer Beschäftigung und Werben für das Potenzial prekär-atypischer Beschäftigter zur Gewinnung von Fachkräften und Guter Arbeit. Strukturen, die prekäre atypische Beschäftigung hervorbringen, analysieren und im sozialpartnerschaftlichen Dialog Handlungsfelder ermitteln und mögliche Maßnahmen zur Schaffung Guter Arbeit entwickeln.



Dr. Christian Pfeffer-Hoffmann

Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung gGmbH,
Berlin

Kurzbiografie Christian Pfeffer-Hoffmann ist promovierter Medienpädagoge und Leiter von Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung. Seine Tätigkeiten verbinden seit mehreren Jahren die Bereiche Arbeitsmarkt- und Integrationspolitik. Dazu gehören u. a. die Projekte „Fachkräftesicherung durch Integration zuwandernder Fachkräfte aus dem EU-Binnenmarkt“ und „Gute Arbeit für zuwandernde EU-Fachkräfte in Berlin“ für die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, in denen es darum geht, dem bestehenden Fachkräftemangel auf der einen Seite und prekären Arbeitsverhältnissen von EU-Zugewanderten auf der anderen Seite durch Analysen sowie die Entwicklung von innovativen und fairen Formen der erfolgreichen Arbeitsmarktintegration der Zielgruppe entgegen zu wirken.

Arbeitsschwerpunkte

Dr. Christian Pfeffer-Hoffmanns Arbeitsschwerpunkte umfassen insbesondere Modell- und Forschungsprojekte in den Kontexten Migration, Arbeitsmarktintegration, Fachkräftesicherung sowie Demokratieförderung, Politische Teilhabe oder Medienbildung.

Zum Thema Erwerbsarmut erschien im März 2019 im Rahmen des Projektes „Gute Arbeit in Berlin“ die Veröffentlichung „Prekär in Berlin – Zusammenhänge zwischen Arbeitsmarktintegration und Wohnungsnotfällen bei EU-Zugewanderten“.

Workshop ②

Digitale Transformation und Erwerbsarmut

14.15 – 15.45 Uhr

Im Prozess „Arbeit 4.0 – made in Berlin“ entwickelt die Berliner Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales schon seit längerem Ansätze, um die Digitalisierung der Arbeitswelt im Sinne „Guter Arbeit 4.0“ zu gestalten.

Im Workshop sollen Zusammenhänge zwischen Erwerbsarmut und der Zukunft der Arbeit diskutiert und Lösungsmöglichkeiten im Sinne Guter Arbeit aufgezeigt werden. Dies ist zugleich ein zutiefst europäisches Thema, denn Digitalisierung, Automatisierung, Robotik und Künstliche Intelligenz, Globalisierung und Flexibilisierung prägen die Arbeitsformen, die Arbeitsinhalte und die Arbeitsorganisation in ganz Europa, weltweit und verändern die Arbeitswelt massiv. Einerseits werden Tätigkeiten und Arbeitsplätze durch Automatisierung und Digitalisierung wegfallen (bzw. sind zum Teil schon weggefallen). Andererseits entstehen neue Tätigkeitsfelder und Arbeitsplätze und bestehende Arbeit verändert sich fortlaufend. Personenbezogene Dienstleistungen bleiben wichtig und gewinnen noch an Bedeutung. Die Digitalisierung bietet auch die Chance auf eine „Humanisierung der Arbeitswelt“, z. B. im Sinne besserer, arbeitnehmerfreundlicher Arbeitsbedingungen oder verbesserter Zugänge zu Arbeit (etwa durch Assistenzleistungen für Menschen mit Behinderungen).

Digitale Kompetenzen als Voraussetzung für Arbeitsaufnahme und nachhaltige Beschäftigung werden immer wichtiger. Arbeitsformen, wie mobiles Arbeiten, Crowdfunding oder Gig-Working sind Bestandteile einer internationalen Arbeitsteilung. Die Rechte der Arbeitnehmer*innen sowie Mindestlöhne zur Absicherung gegen Erwerbsarmut müssen unter den Bedingungen der Digitalisierung neu definiert werden. Politik und Sozialpartner sind gefordert, diesen Prozess zu gestalten.

Leitfragen

- Welche Auswirkungen hat die Digitalisierung speziell auf Beschäftigte, die von Erwerbsarmut betroffen sind?
- Wie können die neuen – durch Digitalisierung entstandenen – Arbeitsformen so gestaltet werden, dass sie Erwerbsarmut nicht verfestigen, sondern im günstigsten Falle reduzieren?

Referenten

- Prof. Mark Graham, Oxford University
- Dr. Konstantin Vössing, Forschungsstelle „Arbeit der Zukunft“ – Hans-Böckler-Stiftung, Berlin



Franziska Grell

Moderation, Berliner Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales

Kurzbiografie Franziska Grell hat Politikwissenschaft in Berlin und Oslo studiert. Seit 2016 arbeitet sie als Referentin in der Berliner Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales und ist für die Bereiche Europäische Beschäftigungspolitik und Zukunft der Arbeit zuständig. Ihre Schwerpunkte liegen insbesondere in den Auswirkungen der Digitalisierung auf Beschäftigung sowie Aus- und Weiterbildung.



Prof. Mark Graham

Oxford University Internet Institute

Kurzbiografie Mark Graham hält die Professur für Internetgeographie am Oxford Internet Institute und ist zudem wissenschaftlicher Mitarbeiter am Alan Turing Institute und am Centre for Information Technology and National Development in Africa an der Universität Kapstadt. Darüber hinaus ist er Gastforscher im Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung und an der Technischen Universität Berlin. Er leitet eine Reihe von Forschungsprojekten zu verschiedenen Themen, darunter digitale Arbeit, Gig-Economy, Internetgeographie und IKT und Entwicklung.

Arbeitsschwerpunkte

In den letzten Jahren hat Mark Graham die Auswirkungen neuer Formen digitaler Arbeit auf Arbeitnehmer des globalen Südens untersucht. Aktuell erforscht er zusammen mit seinem Team Outsourcing und Mikroarbeit, sowie digitale und plattformbasierte Arbeit im Allgemeinen. Gemeinsam mit Kollegen auf drei Kontinenten hat er ein Aktionsforschungsprojekt ins Leben gerufen, das den Namen Fairwork Foundation trägt und positive und negative Anreize für gerechtere Arbeitsbedingungen in der Plattform-Economy gestaltet.



© Hans-Böckler-Stiftung /Stephan Pramme

Dr. Konstantin Vössing

Hans-Böckler-Stiftung, Berlin

Kurzbiografie Dr. Konstantin Vössing leitet seit Mai dieses Jahres die Forschungsstelle „Arbeit der Zukunft“ bei der Hans-Böckler-Stiftung in Berlin. Er hat zuvor von 2016 bis 2019 die Professur für Vergleichende Politikwissenschaft am Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt Universität zu Berlin vertreten. Dort war er auch von 2009 bis 2016 als wissenschaftlicher Mitarbeiter tätig. Weitere berufliche Stationen waren von September 2013 bis August 2014 die Position als John F. Kennedy Memorial Fellow am Center for European Studies der Harvard University, von September 2015 bis August 2016 das Jean Monnet Fellowship am Europazentrum Robert Schuman (CERS), und die Tätigkeit als Dozent für Politikwissenschaft und Internationale Studien an der Ohio State University von September 2008 bis September 2009. Seine Promotion in Politikwissenschaft hat er im August 2008 an der Ohio State University abgeschlossen.

Arbeitsschwerpunkte

Konstantin Vössing beschäftigt sich mit der Gestaltung der Arbeit der Zukunft und der Rolle von Gewerkschaften in einer sich verändernden Arbeitswelt. Dabei hat er ein besonderes Interesse an der historischen Entwicklung von Arbeit, der politischen Debatte zum Thema, sowie den Potenzialen europäischer und globaler Kooperationen.

Workshop ③

Dienstleistungssektor und Erwerbsarmut

14.15 – 15.45 Uhr

Der Dienstleistungssektor stellt den größten Wirtschaftsbe- reich in Deutschland dar. Etwa drei von vier Erwerbstätigen sind in der Dienstleistungswirtschaft beschäftigt. In Berlin (und anderen Metropolen) ist dieser Anteil noch höher und liegt bei über 80 %. Der Dienstleistungssektor umfasst ein sehr brei- tes Spektrum an Branchen und ist zudem der am schnellsten wachsende Wirtschaftsbereich in Deutschland. Er ist einerseits von Innovation und attraktiven Arbeitsplätzen geprägt, an- dererseits konzentrieren sich hier Niedriglöhne und prekäre Beschäftigung. Einzelne Branchen, wie z. B. das Gastgewerbe oder der Handel, sind davon besonders betroffen.

Die Digitalisierung spielt auch hier eine herausragende Rolle bspw. in Form von Smart Services. Auch haushaltsnahe Dienst- leistungen werden zunehmend über digitale Plattformen or- ganisiert.

Soziale Dienstleistungen expandieren und sehen sich gleich- zeitig einer schon seit Langem anhaltenden, zunehmenden Ökonomisierung ausgesetzt. In diesen personenbezogenen Dienstleistungen arbeiten ganz überwiegend Frauen. Prog- nostiziert wird eine weitere Ausdifferenzierung in hochdotier- te, professionelle Berufe und in einfache Helferfunktionen im

Niedriglohnbereich. U. a. geht es um die Frage, welcher Wert einer Tätigkeit beigemessen wird und wie sich dieser in Löhnen und Gehältern ausdrückt. Auch die enge Verzahnung von In- dustrie und Dienstleistungen spielt eine wichtige Rolle.

Im Workshop soll vor diesem Hintergrund diskutiert werden, wie Erwerbsarmut im Dienstleistungssektor – insbeson- dere auch hinsichtlich der prognostizierten Entwicklungen – nicht nur reduziert, sondern möglichst präventiv verhindert werden kann.

Leitfragen

- Welche Gruppen sind besonders von Erwerbsarmut betroffen und welche Bedarfe gibt es dort?
- Welche Maßnahmen und Ressourcen könnten zu einer Verringerung der Erwerbsarmut von Menschen, die im Dienstleistungssektor arbeiten, führen?

Referentinnen

- Franziska Baum, ArbeitGestalten, Berlin
- Veronika Bohrn Mena, Gewerkschaft der Privat- angestellten, Druck, Journalismus, Papier; Wien



© M. Bußmann

Margrit Zauner

Moderation, Berliner Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales

Kurzbiografie Margrit Zauner ist ausgebildete Bankkauffrau und verfügt über einen Studienab- schluss als Diplom-Kauffrau sowie einen M.A. in Erwachsenenbildung.

Seit 2017 leitet sie die Abteilung Arbeit und Berufliche Bildung der Senatsverwaltung für In- tegration, Arbeit und Soziales in Berlin. Zuvor war sie nach Tätigkeiten in einer Bildungsberatungs- einrichtung und bei einer Landesberatungsgesellschaft in verschiedenen beruflichen Stationen beim Land Berlin in der Arbeits-, Berufsbildungs- und Gleichstellungspolitik tätig (Leiterin des Büros der Senatorin für Arbeit, Berufliche Bildung und Frauen, Leitung des Referats „Gleichstel- lung von Frauen in der Arbeitswelt“, Leitung des Referats „Berufliche Qualifizierung“). Margrit Zauner ist seit 2007 Vertreterin des Landes Berlin und Vorsitzende des Verein Berufsbildungs- werk Berlin e. V., des Trägers des Annedore Leber Berufsbildungswerk. Zudem ist sie Vertreterin des Landes Berlin im Hauptausschuss des BIBB.



Franziska Baum

ArbeitGestalten, Berlin

Kurzbiografie Studium der Sozialwissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin und der Universität Amsterdam mit dem Schwerpunkt Arbeits- und Geschlechtersoziologie. Seit 2014 Forschung zu Prekarisierung und Geschlechterverhältnissen. Zunächst vier Jahre am Fraunhofer Center for Responsible Research and Innovation. Seit Anfang 2019 im Projekt „Joboption Berlin“. Innerhalb des Projekts zuständig für die Bereiche Hotel- und Gastgewerbe und digital vermittelte Dienstleistungsarbeit. Im Projekt werden branchenspezifische Handlungsfelder identifiziert und konkrete Maßnahmen für Gute Arbeit entwickelt.

Arbeitsschwerpunkte

Im Projekt Joboption werden Strukturen, die prekäre atypische Beschäftigung hervorbringen, analysiert und im sozialpartnerschaftlichen Dialog Handlungsfelder ermittelt. Mögliche Maßnahmen zur Schaffung Guter Arbeit werden insbesondere für den Dienstleistungsbereich entwickelt. Dafür braucht es ein breites Verständnis davon, wer wie ganz konkret von prekären Bedingungen betroffen ist und welche Ungleichheitsstrukturen sich in diesen Erwerbsverhältnissen widerspiegeln.



© Michael Mazohl

Veronika Bohrn Mena

Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier;
Wien

Kurzbiografie Veronika Bohrn Mena ist Autorin des Buches „Die neue ArbeiterInnenklasse – Menschen in prekären Verhältnissen“ und beschäftigt sich seit zehn Jahren intensiv mit prekären Arbeitsverhältnissen, Segmentierungsprozessen und Veränderungen in der Arbeitswelt mit samt ihren Auswirkungen. Sie ist ausgebildete Fotografin und hat Kultur- und Sozialanthropologie an der Universität Wien studiert. Seit 2013 arbeitet sie hauptberuflich in der Gewerkschaft GPA-djp in der Interessenvertretung als Expertin für atypische Beschäftigung. Sie war auch die Vorsitzende der Plattform Generation Praktikum und hat sich als Studentin in der Bundesvertretung der Österreichischen Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft engagiert.

Arbeitsschwerpunkte

Veronika Bohrn Mena arbeitet in der Gewerkschaft der Privatangestellten GPA-djp als Gewerkschaftssekretärin in der Interessenvertretung und als Expertin für atypische Beschäftigungsverhältnisse und Prekäre Arbeit. Sie ist auch Autorin und Publizistin und schreibt über Lohnentwicklung, Soziale Absicherung, Arbeitsmarktsegmentierung, Arbeitsmarktentwicklung und Sozialpolitik.

Workshop 4

Aus- und Weiterbildung und Erwerbsarmut

14.15 – 15.45 Uhr

Menschen ohne formalen Berufsabschluss haben es oftmals schwer, in der Arbeitswelt Fuß zu fassen, dies gilt insbesondere auch für Erwerbslose. Fehlende Nachweise über fachliches Know-How und ein geringes Bildungsniveau tragen nachweislich zu Erwerbsarmut bei. Daher gilt die Stärkung der Aus- und Weiterbildung als ein zentraler Baustein zur Bekämpfung von Erwerbsarmut.

Des Weiteren hat die Forschung einen direkten Zusammenhang zwischen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und Erwerbsarmut belegt: Während niedrige Lohnersatz- und Sozialleistungen sowie strenge Auflagen für den Bezug von Transferleistungen zu höherer Erwerbsarmut führen, wirken sich hohe Ausgaben für aktive Arbeitsmarkt- und Berufsbildungsmaßnahmen, wie Aus- und Weiterbildung, positiv aus. Möglichkeiten der beruflichen Qualifikation und Weiterbildung sollten deshalb ausgebaut und für atypisch oder prekär Beschäftigte beziehungsweise für Beschäftigte im Niedriglohnbereich geöffnet werden.

Mit der im Juni 2019 verabschiedeten Nationalen Weiterbildungsstrategie (NWS) in Deutschland sollen die gemeinsamen Anstrengungen (Bund, Länder, Wirtschaft, Gewerkschaften) für Weiterbildung und Qualifizierung verstärkt werden. Eine neue „Weiterbildungskultur“, gerade auch in kleinen und

mittleren Unternehmen, soll entstehen. U. a. soll die Beschäftigungsfähigkeit von Erwerbspersonen verbessert werden. Die neue Strategie könnte auch die Qualifikationen von Beschäftigten mit geringem Einkommen verbessern – im Sinne einer Aufstiegsmobilität. Im Workshop soll diskutiert werden, wie Erwerbsarmut durch Aus- und Weiterbildung bekämpft werden kann und im Idealfall erst gar nicht entsteht.

Leitfragen

- Wie müssen Qualifikationsmaßnahmen gestaltet sein, damit von Erwerbsarmut Betroffene eine realistische Chance zur Weiterentwicklung erhalten?
- Kann eine stärkere Durchlässigkeit und Öffnung des Arbeitsmarktes für geringer qualifizierte Menschen für Abhilfe sorgen?

Referent*innen

- Dr. Alexandra Bläsche, Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie des Landes Brandenburg, Potsdam
- Dr. Michael Dörsam, Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB), Bonn



Stephanie Urbach

Moderation

Kurzbiografie Stephanie Urbach hat Politikwissenschaften in Bonn und Leeds studiert und arbeitet seitdem in den Bereichen Beratung und Prozessbegleitung, Organisationsentwicklung, Projekt- und Netzwerkmanagement sowie Öffentlichkeitsarbeit.

Seit 2008 ist Stephanie Urbach bei der gsub mbH tätig – zunächst als Beraterin und Moderatorin für verschiedene Bundesprogramme, danach für Projekte zur Organisationsentwicklung. Aktuell leitet sie das Programmbüro für das Förderprogramm „Die Vielfaltsgestalter – Lokale Bündnisse für Zusammenhalt in Vielfalt“ der Robert Bosch Stiftung und begleitet zwei der Bezirklichen Bündnisse für Wirtschaft und Arbeit in Berlin.



Dr. Alexandra Bläsche

Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie des Landes Brandenburg, Potsdam

Kurzbiografie Nach Abschluss des Studiums zur Sozialwissenschaftlerin an der Humboldt-Universität zu Berlin im Jahr 1997, wissenschaftliche Mitarbeiterin an der BTU Cottbus am Lehrstuhl Wirtschafts- und Industriosozologie bis zum Jahr 2004. Seit 2005 im Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie des Landes Brandenburg tätig. Seit 2014 Leitung des Referates Berufliche Bildung und Fachkräftepolitik in der Abteilung Arbeit, Qualifizierung und Fachkräfte. Mitglied in verschiedenen bildungspolitischen Gremien und Beiräten sowie derzeit Vorsitzende des Hauptausschusses des Bundesinstitutes für Berufsbildung (BiBB).

Arbeitsschwerpunkte

Schwerpunkte von Frau Bläsches Arbeit sind die Berufliche Bildung in den Grundsatzfragen der dualen Ausbildung sowie der beruflichen Weiterbildung. Wichtige Aspekte sind hierbei die Beteiligung aller Zielgruppen des Arbeitsmarktes an der Beruflichen Bildung. So ist die Weiterbildungsbeteiligung für Menschen mit geringen Qualifikationen angesichts des massiven demografischen Wandels eine besondere Herausforderung, aber auch große Chance für eine bessere Erwerbsbeteiligung.



Dr. Michael Dörsam

Bundesinstitut für Berufsbildung (BiBB), Bonn

Kurzbiografie Nach seinem Studium der Volkswirtschaftslehre arbeitete Dr. Michael Dörsam zunächst einige Jahre im Bereich der empirischen Wirtschaftsforschung (zunächst im Bereich Personalökonomie, später im Bereich Bildungsökonomie). 2018 wechselte er an das Bundesinstitut für Berufsbildung in Bonn. Hier arbeitet er seitdem an den Themen Weiterbildung und Durchlässigkeit, zunächst im Rahmen des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderten Förderschwerpunkts InnovatWB und nun im Rahmen der Begleitung der Nationalen Weiterbildungsstrategie.

Arbeitsschwerpunkte

Dr. Michael Dörsam arbeitet als Programmmanager sowie im Rahmen eigener wissenschaftlicher Arbeiten an den Themen Berufliche Weiterbildung und Durchlässigkeit. Erkenntnisse zur Erfassung, Validierung und Anerkennung informell und nicht formal erworbener Kompetenzen, zu zielgruppengerechten Lehr- und Lernformaten sowie den Aspekten Weiterbildungszugang, -beteiligung und -motivation aus dem von uns zuletzt begleiteten Förderschwerpunkt InnovatWB liefern Ansatzpunkte für die im Workshop aufgeworfenen Fragestellungen.



© Institut der deutschen Wirtschaft

Prof. Dr. Michael Hüther

Institut der deutschen Wirtschaft, Köln

Kurzbiografie Prof. Dr. Michael Hüther, geboren am 24.04.1962 in Düsseldorf, absolvierte von 1982 bis 1987 sein Studium der Wirtschaftswissenschaften sowie der mittleren und neuen Geschichte an der Justus-Liebig-Universität Gießen. Nach Abschluss des Promotionsverfahrens wurde er 1991 Wissenschaftlicher Mitarbeiter und 1995 Generalsekretär des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Im Jahr 1999 wechselte er als Chefvolkswirt zur DekaBank und wurde dort 2001 zum Bereichsleiter Volkswirtschaft und Kommunikation ernannt.

Seit August 2001 ist er Honorarprofessor an der EBS Business School in Oestrich-Winkel und seit Juli 2004 Direktor und Mitglied des Präsidiums beim Institut der deutschen Wirtschaft. Im April 2019 wurde er zum Aufsichtsratsvorsitzenden der TÜV Rheinland AG ernannt.

Im akademischen Jahr 2016/17 war er Gerda Henkel Adjunct Professor im Department of German Studies an der Stanford University, CA, USA.

Arbeitsschwerpunkte

Prof. Dr. Michael Hüther ist Teil der aktiven deutschen Forschungscommunity, die sich mit Gerechtigkeitsfragen und Dysfunktionalitäten rund um den Arbeitsmarkt auseinandersetzt. Seine zentralen Forderungen sind eine aktivere Integrationspolitik für Langzeitarbeitslose, Maßnahmen zu einer verbesserten Aufstiegsmobilität sowie den Abbau von regionalen Ungleichheiten. Bei allen Lösungsansätzen misst er der Tarifpartnerschaft einen besonderen Stellenwert bei.

Erwerbsarmut –
Welche Antworten
gibt es für Berlin?



© Lili Zylka

Christian Hoßbach

DGB Bezirk Berlin-Brandenburg

Kurzbiografie Christian Hoßbach wurde 1963 in Berlin (West) geboren. Er schloss sein Studium 1988 als Diplom-Volkswirt ab. Neben dem Studium engagierte er sich auch in der Jugendbildungsarbeit der IG Metall. Er ist seit 1985 Mitglied in DGB-Gewerkschaften.

Hoßbach war 1990 Sprecher des Magistrats von Berlin (Ost). 1991 wechselte er zur Treuhandanstalt. Er arbeitete von 1997 bis Anfang 2010 im Berliner Büro des IG Metall-Vorstandes, das für Kontakte zu Bundestag, Bundesregierung und Parteien zuständig ist. Seine inhaltlichen Schwerpunkte dort waren u. a. Aufbau Ost, Struktur- und Industriepolitik. Seit 2009 war er Leiter des Büros.

Von 2010 bis 2018 war er stellvertretender Vorsitzender des DGB Bezirks. Im Frühjahr 2018 wurde Hoßbach zum Bezirksvorsitzenden gewählt. Zudem ist er alternierender Vorsitzender der Deutschen Rentenversicherung Berlin-Brandenburg.

Erwerbsarmut –
Welche Antworten
gibt es für Berlin?



Lutz Mania

Jobcenter Berlin-Mitte

Kurzbiografie 1990 begann die Beschäftigung bei der Bundesagentur für Arbeit (BA). Der Weg zum heutigen Aufgabengebiet Geschäftsführer des Jobcenters Berlin Mitte führte über verschiedene Tätigkeiten und Einsatzorte innerhalb der BA. Der Einstiegsjob als Statistiker und Verantwortlicher für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit war in der Agentur für Arbeit Dessau. Von 1995 bis 1997 Arbeitsberater in der Agentur für Arbeit Halle. Danach Wechsel in die erste Führungsaufgabe als Geschäftsstellenleiter und später operativer Geschäftsführer in der Agentur für Arbeit Wittenberg. Nach verschiedenen Führungstätigkeiten in der Zentrale der BA in Nürnberg und der Regionaldirektion Sachsen-Anhalt Thüringen erfolgte 2006 die Beauftragung als Bevollmächtigter der Geschäftsführung zunächst für den Bereich der Arbeitslosenversicherung später auch für die Grundsicherung und ab 2008 als operativer Geschäftsführer der Regionaldirektion Sachsen-Anhalt Thüringen. Seit Januar 2016 Geschäftsführer des Jobcenters Berlin Mitte – einem der größten in der Bundesrepublik.

Arbeitsschwerpunkte

Das Jobcenter ist verantwortlich für die Umsetzung des SGB II, also der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Diese umfasst neben der Sicherung des Lebensunterhaltes auch die Beratung und Vermittlung in Arbeit und Ausbildung sowie Unterstützung und Förderung im Vorfeld. Unser Ziel ist es insbesondere in Zusammenarbeit mit unseren Netzwerkpartnern die Hilfebedürftigkeit unserer Kundinnen und Kunden durch geeignete Maßnahmen zu beenden.

Erwerbsarmut –
Welche Antworten
gibt es für Berlin?



Kerstin Oster

Berliner Wasserbetriebe

Kurzbiografie Kerstin Oster ist seit 2015 Vorständin Personal und Soziales bei den Berliner Wasserbetrieben und verantwortet neben dem Personalbereich auch die Informationstechnologie. Sie ist zudem stellvertretende Vorsitzende des Kommunalen Arbeitgeberverbandes e.V. Zuvor war Frau Oster unter anderem als Direktorin Human Resources und Prokuristin sowie bis zu Ihrem Wechsel zu den BWB mehrere Jahre als deutschlandweite Geschäftsführerin in der Telekommunikationsbranche tätig.

Arbeitsschwerpunkte

Die zunehmende Digitalisierung, der Fachkräftemangel und der demografische Wandel sowie ein funktionierendes Generationenmanagement sind nur einige der Herausforderungen, vor denen die Bereiche Personal und IT heute und zukünftig stehen. Um diesen Herausforderungen zu begegnen und Veränderungsprozesse aktiv zu begleiten, ist eine gleichwertige und gerechte Entlohnung der Beschäftigten ein wichtiger Baustein in der personalstrategischen Ausrichtung des Unternehmens.

Erwerbsarmut –
Welche Antworten
gibt es für Berlin?



Prof. Ingrid Stahmer

Sprecherin der Landesarmutskonferenz Berlin und
ehemalige Senatorin in Berlin

Kurzbiografie Bis 1999 war Prof. Ingrid Stahmer Sozialarbeiterin, Trainerin für Gruppendynamik (DGGO/DAGG), Bezirksstadträtin für Soziales in Berlin-Charlottenburg, Mitglied der Landesregierung Berlin als Stellvertreterin des Regierenden Bürgermeisters und Senatorin für die Ressorts Gesundheit, Soziales, Jugend, Schule und Sport. Nach der Wahl 1999 zog sie sich aus der Politik zurück. Seit 2000 betreibt sie ein Büro für Organisationsberatung, Strategie- und Teamentwicklung, Coaching und Supervision (DGSv). Sie ist weiterhin Honorarprofessorin an der Alice Salomon Hochschule Berlin. Ehrenamtliche Funktionen: Vorstandsvorsitzende des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen (DZI) und des August Bebel Instituts für politische Bildung (ABI) sowie vorsitzende Sprecherin der Landesarmutskonferenz Berlin (Iak-Berlin).

Arbeitsschwerpunkte

Die Armutsthematik begleitet Professorin Stahmer ihr ganzes Arbeitsleben als Sozialarbeiterin und Sozialpolitikerin. Die Landesarmutskonferenz Berlin ist ein Zusammenschluss von über 40 Nicht-Regierungsorganisationen. Sie setzt sich seit ihrer Gründung im Dezember 2009 dafür ein, Hintergründe und Zusammenhänge von Armut zu analysieren und hieraus Strategien für ein Berlin ohne Armut zu entwickeln.

Erwerbsarmut –
Welche Antworten
gibt es für Berlin?

Senatsverwaltung
für Integration, Arbeit
und Soziales



Oranienstraße 106
10969 Berlin
Tel (030) 9028-0
www.berlin.de/sen/ias/
pressestelle@senias.berlin.de

© 09/2019